

mus spielt auf Grund seines besonders aggressiven Charakters nach wie vor die Rolle einer Speerspitze des Weltimperialismus in Europa gegen das sozialistische Weltssystem, die Rolle eines Sturmbockes der NATO, durch deren Existenz und aggressive Politik Europa gespalten wurde. USA-Vizepräsident Humphrey hat während seines kürzlich stattgefundenen Besuches in Westdeutschland und in Westberlin gerade bestätigt, daß der Hauptfeiler der amerikanischen Europapolitik die aggressive Achse Bonn-Washington ist.

In Karlovy Vary stand die Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus am Pranger. Sowohl in dem gemeinsamen Dokument als auch in allen Reden der Vertreter der Bruderparteien wurde die Politik der westdeutschen Regierung als die Hauptgefahr für den Frieden in Europa charakterisiert. Dies geschah mit einer Deutlichkeit, die den westlichen, sensationshungrigen Journalisten nicht einmal Raum für ihre Spekulationen in bezug auf eventuelle unterschiedliche Formulierungen in den einzelnen Reden ließ. In der Tat, alle Völker ohne Ausnahme, alle Regierungen Europas mit Ausnahme der westdeutschen, streben heute ein System der kollektiven Sicherheit an. Als einzige Regierung in Europa erhebt die westdeutsche Regierung

— Grenzforderungen, die ohne Krieg nicht zu verwirklichen sind;

erkennt sie die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten, insbesondere die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, nicht an und hat durch ihre aggressive Alleinvertretungsmaßnahme der DDR potentiell den Krieg erklärt;

— weigert sie sich, die Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, insbesondere zur DDR, zu normalisieren;

— betrachtet sie nach wie vor das Münchener Schandabkommen als rechtsgültig;

— kämpft sie mit allen Mitteln gegen einen Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen;

— sträubt sie sich gegen eine gesamteuropäische Konferenz über Fragen der Sicherheit.

„Diese Politik“ — so stellte Genosse Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag fest — „verträgt sich natürlich nicht mit der europäischen Sicherheit, sondern hat permanente Unsicherheit, einen Zustand ständiger Spannungen, die Konservierung bestehender Gefahrenherde und Überreste des zweiten Weltkrieges zur Folge.“

Die Möglichkeit, unter dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis ein System der kollektiven Sicherheit herbeizuführen, kann dann verwirklicht werden, wenn die westdeutsche Regierung durch die vereinten Anstrengungen der Völker und Staaten Europas zur Anerkennung der Realitäten gezwungen wird.

In * voller Übereinstimmung mit der Politik des „Brückenschlagens zu den Völkern Osteuropas“, die USA-Präsident Johnson im Oktober vergan-

genen Jahres verkündete und deren Thesen Kiesinger wörtlich in sein Regierungsprogramm aufnahm, will man in die sozialistischen Länder eindringen, die sozialistische Gesellschaftsordnung unterminieren, um sie anschließend gänzlich liquidieren zu können. Die DDR soll von ihren Verbänden isoliert werden, damit man sie am „Tag X“ durch eine Art „innerdeutsche Polizeiaktion“ in das imperialistische Westdeutschland einverleiben kann.

Diese Pläne sind jedoch erkannt, und niemand, am allerwenigsten die Kommunisten, lassen sich durch schöne Worte täuschen. Wir können feststellen, daß die Politik unserer Partei, die Beschlüsse des VII. Parteitages, völlig mit den Einschätzungen und Vorschlägen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas übereinstimmen. Die Feststellung Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag wurde praktisch bekräftigt: „Das Problem der europäischen Sicherheit jedenfalls reduziert sich wesentlich nach wie vor auf die Notwendigkeit der Vereitelung der Revanche- und Expansionspolitik der westdeutschen Imperialisten und ihres Strebens nach Vorherrschaft über Westeuropa.“

DDR festigte ihre internationale Bedeutung

Gegenüber dieser Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus wurde bereits durch die Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Vertrages vom Februar 1966 und durch die zweiseitigen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR, der Volksrepublik Polen und der CSSR eine Sperre errichtet. Die Versuche der Bonner Regierung, mit ökonomischen Mitteln und Methoden der psychologischen Kriegführung in die sozialistischen Länder einzudringen, sie zur „Respektierung des deutschen Rechtsstandpunktes“, das heißt zum Wohlverhalten gegenüber

ihrer revanchistischen Politik zu veranlassen, „sind in irgendeiner Dorfstraße steckengeblieben“ — wie Genosse Walter Ulbricht in seiner bedeutsamen Rede in Karlovy Vary treffend einschätzte. Die Konferenz von Karlovy Vary bedeutet eine neue, schwere Niederlage dieser Politik der westdeutschen Regierung.

Die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien hebt hervor: „Die Deutsche Demokratische Republik, welche das Potsdamer Abkommen verwirklicht hat, festigte ihre staatliche Souveränität und ihre internationale Bedeutung. Ihre wachsende Kraft und ihre konstruktive Friedenspoli-